



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/231 - 13. Oktober 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0885890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Ruchlose Tat</u> Zur Ermordung Kurt Lichtensteins	43
2 - 4	<u>Nach der Bundestagswahl</u> Von Herbert Wehner Stellvertretender Vorsitzender der SPD	127
5 - 6	<u>Der Apfel und der Obstgarten</u> Bilanz der Unterredung Gromykos mit Kennedy und Rusk Von unserem Korrespondenten in den USA	64
7 - 8	<u>Einseitige Personalpolitik</u> Wird der bayerische Rundfunk eine Domäne der CSU ? Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	62

* * * *
* * *

Ruchlose Tat

sp - Kurt Lichtenstein, der Chefreporter der "Westfälischen Rundschau", ist wenige Stunden später den Schußverletzungen erlegen, die ihm feiges Mordgesindel zufügte. Er starb in den Händen der Vopo nach schrecklichen Qualen. Diese ungeheuerliche Tat schreit zum Himmel. Das Ulbricht-Regime kennt keine Hemmungen mehr, es führt einen erbarmungslosen Krieg gegen das eigene Volk, nicht nur im geteilten Berlin, nun auch schon an der Zonengrenze.

Kurt Lichtenstein, ein verantwortungsbewußter und umsichtiger Journalist, arbeitete seit fünf Jahren für die "Westfälische Rundschau", eine der größten Zeitungen des Ruhrgebietes. Seine Zeitung hatte ihn auf eine Reportagereise entlang der Zonengrenze entsandt, von der er nicht mehr zurückkehren sollte. In den Mittagsstunden des 12. Oktober sprach er im Kreise Gifhorna, am Todesstreifen stehend, mit einigen jenseits des Streifens auf dem Felde arbeitenden Landarbeitern. Nun geschah das Unfaßbare: Im Hinterhalt versteckte "Volkspolizisten" streckten den Mann mit Feuerstößen aus Maschinengewehren nieder und verschleppten den Schwerverletzten über die Grenze. Niemand auf westlicher Seite konnte dies verhindern, der einzige Grenzschutzsoldat befand sich in 400 Meter Entfernung.

Kurt Lichtenstein gehörte zu den Verfolgten des Dritten Reiches. Viele Jahre war er in Konzentrationslagern, er stand auf den Todeslisten der Gestapo. Was den Lordbüben des Dritten Reiches nicht gelang, gelang nun den Schergen des Herrn Ulbricht. Sie mordeten einen Mann, der im Dienste der Wahrheit stand, der den Hunderttausenden von Lesern der "Westfälischen Rundschau" berichten wollte, was er an der Zonengrenze sehen und hören konnte. Darin bestand sein "Verbrechen". Die Ulbrichtleute scheuen die Wahrheit, sie wollen nicht, daß sie ans Tageslicht kommt, ja, sie fürchten sie. Deshalb errichteten sie die Schandmauern in Berlin, deshalb schirmen sie ihren Staat mit Stacheldraht vom Westen ab, lassen sie Wachtürme ersteinen, um jede Fluchtmöglichkeit zu verhindern, deshalb bauten sie Maschinengewehrnester. Das, was sich heute "DDR" nennt, ist zum größten Konzentrationslager der Welt geworden, mit Wächtern, denen man das Herz erstickt und das Gefühl für Menschenwürde genommen hat.

Solche Wächter, höherem Befehl folgend, haben das Leben Kurt Lichtensteins ausgelöscht und sich damit mit unendlicher Schuld beladen. Ihre feige Tat verlangt nach Sühne. Die sich häufenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf deutschem Boden gehören vor das Tribunal der Vereinten Nationen. Wie lange will man eigentlich noch mit dieser Erhebung in den Anklagezustand des Ulbricht-Regimes warten? Müssen noch mehr Menschen an der Grenze des geteilten Deutschland wie Freiwild abgemalt werden? Was Lichtenstein geschah, kann heute und morgen uns allen geschehen.

Nach der Bundestagswahl

Von Herbert Wehner

Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Das Ergebnis der Bundestagswahl 1961 ist nicht so leicht in eine neue Bundesregierung umzusetzen wie das mit den Ergebnissen der Bundestagswahlen 1949, 1953 und 1957 möglich war.

Der schon beinahe traditionelle Bundeskanzler hat diesmal die Mehrheit verloren, auf die er sich bisher stützen konnte. Die beiden bisherigen Oppositionsparteien haben - rechnerisch - die Mehrheit.

Aber der ohne Mehrheit antretende Bundeskanzler braucht sich nicht an den in demokratischen Staaten üblichen Brauch zu halten, nach einer verlorenen Wahl sein Amt zur Verfügung zu stellen, denn die eine der beiden bisherigen Oppositionsparteien - die FDP - hat sich von vornherein erbötig gemacht, mit der Partei des Verlierers der Wahl eine Koalitionsregierung bilden zu wollen. Wenn auch nachträglich von der bisherigen Oppositionspartei FDP hinzugefügt worden ist, sie wolle aber einen anderen Bundeskanzler als den bisherigen, so ist der Streit darüber doch zweitrangig, gemessen an ihrer grundsätzlichen Bereitschaft, die Partei des Verlierers der Wahl weiter an der Macht zu halten.

Die wirkliche Schwierigkeit, mit der man es diesmal bei der Regierungsbildung zu tun hat, ist nicht der vordergründige Streit um die Person des Bundeskanzlers, sondern die Tatsache, daß der bisherige Bundeskanzler nicht mehr stark genug ist, eine Regierung nach seinem Belieben zu bilden, und daß auf der anderen Seite niemand eine Regierung ohne die Partei des bisherigen Bundeskanzlers - des Verlierers der Wahl - bilden kann, weil sich die FDP gegenüber ihren Geldgebern festgelegt hat, unter keinen Umständen eine neue Bundesregierung mit der SPD zusammen zu bilden. Unter diesen Umständen vermag der Verlierer der Wahl - nämlich Konrad Adenauer - äußerlich den Eindruck zu erwecken, als sei er befugt und fähig, die neue und dazu noch starke Bundesregierung zu bilden. Dieser Eindruck wirkt so stark, daß er bei manchen Leuten sogar vergessen läßt, welche tragische Figur doch eigentlich dieser traditionelle Bundeskanzler nach seiner ersten verlorenen Wahl macht. Aber dieser Eindruck ändert nichts am Ausgang der Bundestagswahl. Er kann noch nicht einmal etwas daran ändern, daß sich nach einer verlorenen Wahl viele beflissen zeigen, nicht auf der Seite des Verlierers gestanden haben zu wollen (wovon die neueren Tests der Meinungsforschungsinstitute einiges erzählen könnten, wenn man sie - wie die Tests vor der Wahl - jetzt veröffentlichen und "auslegen" würde, was allerdings aus verständlichen Gründen unterbleibt).

Zu der Stunde, in der diese Zeilen geschrieben werden, steht der Ausgang dieses Schattenspiels noch nicht endgültig fest. Aber dieser Umstand beeinträchtigt nicht die Möglichkeit, einige grundlegende Feststellungen zu treffen. Diese Feststellungen sind:

- 1.) Das Ergebnis der Bundestagswahl 1961 ist der Ausdruck einer politischen Strukturveränderung in der Wählerschaft und zugleich die Grundlage für eine Veränderung der parlamentarischen Struktur. Der vierte Bundestag ist zwar noch kein Parlament mit eindeutigen Mehrheitsverhältnissen, aber er ist auch nicht mehr ein Parlament, in dem die Sozialdemokratie an die Wand gedrückt oder gespielt werden kann.
- 2.) Der von den Geldgebern der FDP diktierte Versuch, aus der CDU/CSU und der FDP eine die SPD aus der Regierung ausschaltende Mehrheit zusammenzuleimen, ist zwar rechnerisch ausführbar, aber er wird dazu führen, daß der aus der Kottenkiste des Deutschen Industrie-Instituts geholte Begriff eines "Bürgerblocks" endlich wirklich und restlos diskreditiert wird.
- 3.) Ob der geschlagene Bundeskanzler Konrad Adenauer selbst oder sein aus einer Zangenknecht hervorgehender Nachfolger aus den Reihen der CDU/CSU die neue Bundesregierung führt, ist nicht entscheidend. Entscheidend wird sein, daß sie zur Rettung des aus der Kottenkiste geholten Begriffs "Bürgerblock" angetretene FDP von einer CDU/CSU aufgebraucht werden wird, die bei diesem Vorgang selbst ihre "Seele" verliert.
- 4.) Konrad Adenauers Verdienste in der Nachkriegspolitik, die nichts an seinen historischen Fehlern ändern (a) die Sammlung einer großen Konzentrationspartei für die Kräfte außerhalb der Sozialdemokratie, b) die Einbettung des freien Teils Deutschlands in den Westen) werden in der Periode des vierten Bundestages teils von ihm selbst, teils von seinem Nachfolger abgebaut und zerstört. Denn der Arbeitnehmerflügel in der CDU/CSU wird als Folge der von den Geldgebern der FDP bestimmten Politik der zusammengelenkten Mehrheit aufgegeben werden und das, was man bisher die "Integration Westeuropas" genannt hat, wird infolge dieser Politik künftig auch von Deutschland her gehemmt werden.
- 5.) Im vierten Bundestag werden zwei gegensätzliche Auffassungen von der "Gemeinsamkeit" miteinander ringen: a) Die von der Sozialdemokratie, als der von den jungen Wählergenerationen getragenen Partei, ausgegebene Parole der Gemeinsamkeit aller demokratischen Parteien zur Rettung Deutschlands aus der nationalen Krise und b) die von CDU/CSU und FDP praktizierte verstaubte Vorstellung einer Gemeinsamkeit zur Ausschaltung der Sozialdemokratie aus der Regierung des Staates. Die nationalpolitischen Notwendigkeiten werden so augenfällig werden, daß die Verfechter der negativen "Gemeinsamkeit" und ihre Mitläufer vor aller Augen blamiert dastehen werden.
- 6.) Die im Regierungsprogramm Willy Brandts zusammengefaßten Absichten einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung werden als Forderungen der Sozialdemokratie im vierten Bundestag die aus CDU/CSU

und FDP zusammengeleitete Regierung in die größten Schwierigkeiten bringen. Denn das Volk wird - dafür wird und muß die Sozialdemokratie draußen sorgen - in Gedanken mit abstimmen, und dabei werden die Mehrheiten draußen andere sein als im Bundestag selbst. Dieser Vorgang wird nicht ohne Wirkung auf einen Teil der zur CDU/CSU und zur FDP gehörenden Abgeordneten des vierten Bundestages bleiben und wird bei den folgenden Landtagswahlen seine Rolle spielen.

7.) Die Arbeitnehmerschaft wird anschaulich die Erfahrung machen, daß ihre Stütze die große demokratische und soziale Volkspartei der Sozialdemokratie ist. Sie wird weniger als bisher Stimmenfang-Manövern der CDU/CSU aufsitzen und sich eindeutig ablehnend gegen alle Verwirrungs- und Zersetzungsmanöver der von den Kommunisten in die Welt gesetzten Tarnorganisationen verhalten.

8.) Die Sozialdemokratie selbst wird den von ihr eingeschlagenen Weg mit zunehmendem Erfolg fortsetzen. Alle Spekulationen, die darauf hinauslaufen, sie in "innere" Krisen zu drängen, werden daran scheitern, daß die SPD von dem soliden Fundament der 1 1/2 Millionen Wählerstimmen aus im vierten Bundestag, in den Landesparlamenten, in den Gemeindevertretungen und in der Bevölkerung selbst eine Operationsbasis hat, die es ihr erlaubt, in wachsendem Maße Einfluß auf das tatsächliche Geschehen zu nehmen.

9.) Die Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie lernen nun aus der Erfahrung und in der Auseinandersetzung mit einer künstlich zusammengeleiteten, im Widerspruch sowohl zu den nationalpolitischen als auch zu den sozialen Erfordernissen stehenden Parlamentarmehrheit, wie Schritt für Schritt das Vertrauen jener Wähler errungen und erworben werden muß, auf die wir angewiesen sind und auf die es ankommt, wenn endlich eine für Deutschland und das ganze deutsche Volk ersprießliche Mehrheitsbildung gelingen soll. Die Sozialdemokratie war im Wahlkampf zum vierten Bundestag darauf angewiesen, das Vertrauen und die Stimmen von fünf Millionen Wählern zu erwerben, die sich erfahrungsgemäß nicht speziell politisch interessieren und engagieren. Sie hat diesmal erst zwei Millionen gewonnen. Der Wahlausgang allgemein und die Ergebnisse in den Bundestagswahlkreisen speziell machen es anschaulicher als es vordem war, was konkret getan werden muß, um die noch nicht bewältigte Strecke des Weges zu bewältigen. Mit greifbaren Arbeitszielen vor Augen wird der weitere Kampf auf breiterer Grundlage "leichter" geführt werden können als es in den früheren Stadien möglich war. Jeder kann sich selbst ausrechnen, was erreichbar ist, wenn er nicht mehr abwartet, sondern mitzieht. Im Umkreis der Sozialdemokratischen Partei werden viele sein, die nun zu erkennen vermögen, daß auch sie selbst etwas mit dazu tun können, weiter voranzukommen. Allen muß und wird Gelegenheit gegeben werden, nach Kräften mitzuwirken.

+ + +

Dieser Artikel erscheint gleichfalls in der nächsten Ausgabe der "Welt der Arbeit"

Der Apfel und der Obstgarten

Von unserem Korrespondenten in den USA

Washington - Mitte Oktober

Die stillen bilateralen Berlin-Verhandlungen oder Vorverhandlungen, die seit der dritten Septemberwoche in Amerika zwischen Sowjet-Aussenminister Gromyko und dem amerikanischen Staatssekretär Rusk und schliesslich auch noch Präsident Kennedy stattfanden, sind zunächst einmal abgebrochen worden. Während die beiden Aussenminister in New York miteinander redeten, sagten sich die ungeduldig wartenden Reporter in den Vorzimmern: "Wenn sie ein neues Gespräch ansetzen, gilt das als Anfangs- oder Teilerfolg; wenn sie aber die weiteren Gespräche ihren Botschaftern zuschieben, Thompson in Moskau und Menschikov in Washington, dann ist man keinen Schritt weitergekommen". Und genau das ist nunmehr eingetroffen. Die Hoffnungen, die man nach den Unterredungen Gromyko-Rusk hatte und die zur Einschaltung des Präsidenten geführt hatten, haben sich nicht erfüllt: Kennedy gegenüber war Gromyko, bei aller äusseren Höflichkeit, so steif, so unkonziliant und in allen konkreter Punkten so ausweichend und unbestimmt wie eh und je - vielleicht sogar noch mehr.

Wir wissen nunmehr, dass Gromyko sogar noch neue und verschärfte "Bedingungen" für den Moskauer Berlin-Plan hervorholte: die unabhängige Freie Stadt Berlin müsse alle Bindungen zur Bundesrepublik lösen, auch die kommerziellen und legalen, einschliesslich der Währung; und die ganze Formel der "Freien Stadt" sei in Moskauer Augen nur eine vorläufige Übergangslösung, vielleicht für drei oder fünf Jahre, und dann wolle man eine Neuregelung treffen, das heisst Westberlin gänzlich schlucken. Das alles hatte ganz ähnlich Gromyko schon vor zwei Jahren auf der Genfer Aussenministerkonferenz über Berlin vorgebracht, und der Westen hatte es damals entrüstet und kompromisslos von sich gewiesen, - was Kennedy diesmal mit gleicher Entschlossenheit wiederum tat. Es war in diesem Zusammenhang, dass Kennedy sein bereits berühmt gewordenes Wort einflocht: "Sie wollen meinen Obstgarten und bieten mir dafür einen Apfel an. So etwas ist bei uns nicht üblich."

Dabei blieb es im wesentlichen, und wer daraufhin fragt, wo wir denn nun in diesem embryonalen Berlin-Gespräch stehen und was die nächste Zukunft bringen wird, dem muss man nach menschlichem Ermessen antworten, dass wir genau wieder so weit sind wie vorher, ja um eine

bescheidene, winzige Hoffnung ärmer. Das Weisse Haus verhält sich freilich aus vielen naheliegenden taktischen Gründen - und wohl auch aus innenpolitischer Rücksichtnahme, um die allgemeine Berlin-Nervosität im Volk nicht noch künstlich weiter zu entflammen - ausgesprochen vorsichtig. Nur die Gewissheit, dass Kennedy in Berlin keineswegs weiter zurückweichen oder gar kapitulieren will, dürfte sich in Gromykos Gehirn verstärkt haben, - und darin mag man in der Tat einen gewissen psychologischen Gewinnpunkt erblicken.

Die Gewissheit, dass Amerika nicht bereit ist zu kapitulieren, bleibt damit in der Tat der letzte grosse Aktivposten in der neuen Zwischenbilanz. Der Berliner Bürgermeister Brandt hat von dieser festen amerikanischen Entschlossenheit einiges gespürt, als er unmittelbar nach dem Gespräch Kennedy-Gromyko auf zwei Tage in New York weilte und dort nicht nur auf eine kraftvolle und ernsthafte Sympathiewelle für sich und die Westberliner Lebenshoffnungen stiess, sondern sogar noch Überraschenderweise von Präsident Kennedy antelefoniert wurde, wobei ihm dieser erneut das gleiche sagte. Und einen weiteren Tag später stand in der "New York Times" - sonst ein eher labiles und keineswegs auf den deutschen "Status quo" eingeschworenes Blatt - ein Leitartikel über die "Belagerung von Berlin", der an entschlossener Festigkeit nichts zu wünschen übrig liess, der offensichtlich der gegenwärtigen Volkstimmung entsprach und der mit dem kategorischen Satz endete: "Wir akzeptieren kein Ultimatum". Mehr kann man von dem massgeblichen Organ der amerikanischen Presse eigentlich nicht verlangen.

Es bleibt somit unendlich viel in der Schwebe, und es hängt unendlich viel davon ab, ob Moskau weiterhin mit dem Kopf durch die Wand stösst oder doch noch der Stimme der Vernunft Gehör schenkt. Wie gross die Hoffnungen dafür sind, lässt sich nicht voraussagen. Aber was sich klar sagen lässt, ist, dass Amerika sich in dieser jüngsten Phase der Berlinkrise bewährt hat, dass die amerikanische Regierung und die amerikanische Öffentlichkeit standhaft geblieben sind, und dass die amerikanisch-deutsche Vertrauenskrise, die eine Zeitlang am Horizont drohte, im Augenblick wieder in Vergessenheit geraten ist. Auch das ist bereits viel wert.

Einseitige Personalpolitik

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Personalpolitische und programmpolitische Entscheidungen des gegenwärtigen Intendanten des bayerischen Rundfunks, Christian Wallenreiter, haben in diesen Tagen die schärfste Kritik der bayerischen Sozialdemokratie hervorgerufen. Das Verhältnis zwischen der bayerischen SPD und Wallenreiter war erstmals im Sommer nachhaltig getrübt worden, als das bayerische Fernsehen, das über CSU-Partei Kongresse ausführlich berichtet hatte, sich weigerte, einen entsprechenden Bericht von der nur jeweils alle paar Jahre stattfindenden Landeskonferenz der SPD aufzunehmen.

Dieser Konflikt konnte erst beigelegt werden, nachdem Wallenreiter der SPD schließlich eine Ersatzsendung anbot. Eine gewisse Spannung blieb indessen wegen der personalpolitischen Entscheidungen des Intendanten bestehen. Dieser hatte gleich zu Beginn seiner Tätigkeit den als Linkskatholiken verschrieenen Fernsehdirektor Dr. Münster, in der Person des durch Empfehlung Kardinal Doepfners in den Funk gelangten CSU-Mannes Dr. Oeller, vor die Nase gesetzt. Danach hatte Wallenreiter auch die übrigen Spitzenpositionen des Fernsehens mit CSU-Leuten besetzt und sich besonders beim zweiten Fernsehprogramm während langer Verhandlungen gezielt, einen vertretbaren Ausgleich zu schaffen. Auch beim Hörfunk begann Intendant Wallenreiter immer mehr der CDU/CSU verbundene Redakteure einzustellen. Als die stellvertretende Leitung der Hauptabteilung Kultur und Erziehung dem ehemaligen Kulturreferenten des CDU-Bundesvorstandes Alois Schardt übertragen wurde, war die Geduld der SPD erschöpft.

Die CSU begann sogleich eine Entlastungsoffensive zugunsten Wallenreiters und behauptete, der Intendant habe nur eine "notwendige Akzentkorrektur vorgenommen, die beim 'roten' Rundfunk in Bayern notwendig gewesen sei". Gegen diese Verdrehung der Tatsachen sah sich die SPD erneut zu einem Protest genötigt. Am ganzen Bayerischen Rundfunk gehören nämlich nur ein einziger leitender Redakteur und zwei Redakteurinnen der SPD an, während eine große Zahl leitender Positionen in den Händen von CSU-Parteimitgliedern sind. Die SPD hätte die Frage der Parteizugehörigkeit der Rundfunkredakteure nicht zur Sprache gebracht, wenn nicht

Intendant Wallenreiter unter dem Einfluß des Direktors der katholischen Akademie in Bayern, Forster und anderer Ratgeber dabei wäre, im Rundfunk mehr und mehr einen einseitigen politischen und weltanschaulichen Kurs zu steuern.

Das zeigte sich auch bei der durch den Intendanten veranlaßten Absetzung dreier Sendungen von Hörfunk und Fernsehen, von denen sich eine kritisch mit Auswüchsen des studentischen Korporationswesens beschäftigt hatte. Bei einer anderen hatte es sich um eine von Elfie Pertramer produzierte Satyre auf die Landwirtschaft gehandelt. Und schließlich untersagte der Intendant eine von dem polnischen Philosophieprofessor Kolakowski verfaßte Sendung des Sonderprogramms, die sich kritisch mit dem Katholizismus im kommunistischen Polen befaßte. Hatte der Intendant in den ersten Fällen den Druck der Korporationen und des Bauernverbandspräsidenten nachgegeben, so beugte er sich im letzten Fall dem vom Münchner Ordinariat veranlaßten Einspruch des Rundfunkrats Pfarrer Roesner. Den Protest des Leiters des Sonderprogramms, Dr. Gerhard Szczesny suchte der Intendant zunächst in dem ihm gewogenen Programmausschuß behandeln zu lassen und nicht, wie das Rundfunkgesetz es vorschreibt, im Richtlinienausschuß, in dem die Anhänger der CSU über keine eindeutige Mehrheit verfügen.

Worum es bei diesen Auseinandersetzungen eigentlich geht, wurde ersichtlich, als der Rundfunkbeauftragte der CSU, der Abgeordnete und Staatsanwalt Huber erklärte, für Atheisten (gemeint ist Dr. Szczesny - der Autor des Buches "Die Zukunft des Unglaubens" und zugleich der Gründer der "Humanistischen Union") sei an bayerischen Rundfunk kein Platz. Darüber hinaus möchte die CSU, die nach den Erfolgen der SPD bei den Bundestagswahlen fürchtet, im Herbst nächsten Jahres bei den Landtagswahlen weitere Einbußen zu erleiden, mit Hilfe von Intendant Wallenreiter den Funk zu einem zuverlässigen Instrument für ihre Politik machen.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler